

DIETER POHL

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM BESETZTEN OSTPOLEN 1941–1944

Die östlichen Landesteile Polens, die im September 1939 von der Roten Armee besetzt wurden, machten die Hälfte des polnischen Staatsterritoriums aus. Dennoch hatten sie bei weitem nicht die Wirtschaftskraft wie die Gebiete westlich des Bugs. Etwa 37 Prozent der Bevölkerung und 27 Prozent der Wirtschaftsbetriebe befanden sich in Ostpolen. Dies lag nicht nur am geringen Grad der Urbanisierung und der vergleichsweise schlechten Infrastruktur, sondern auch an der Wirtschaftspolitik der Zweiten Polnischen Republik, die sich in den dreißiger Jahren auf die Errichtung des Zentralen Industrireviers (*Centralny Okręg Przemysłowy*) in Zentralpolen konzentrierte.

Ebenso wie die Besatzungspolitik im Allgemeinen sind auch die wirtschaftlichen Maßnahmen der Besatzungsmacht in den östlichen Gebieten vergleichsweise wenig untersucht worden. Dies liegt vor allem in der Tendenz begründet, die meisten dieser Landesteile bereits für die Zeit ab Ende 1939 nicht mehr als zur Polnischen Republik gehörig zu betrachten. Deshalb fielen sie bis in die achtziger Jahre – mit Ausnahmen – nicht in die rege polnische Forschung zur Besatzungsgeschichte; dieses Muster ist im Westen weitgehend übernommen worden. Das ändert sich freilich seit den neunziger Jahren. Nicht nur fielen politische Rücksichtnahmen gegenüber der Sowjetunion weg, auch in den heutzutage weißrussischen und ukrainischen Gebieten kann nun erstmals eine moderne, tiefgehende Untersuchung der Kriegszeit in Angriff genommen werden. Die Wirtschaftspolitik unter Besatzung im inzwischen westweißrussischen Gebiet hat Christian Gerlach im Rahmen seiner monumentalen Studie detailliert untersucht,¹ für

¹ CHRISTIAN GERLACH, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland*, Hamburg 1999, S. 231–502. Gerlach bezieht mittelbar auch den Bezirk Białystok und das Generalkommissariat Wolhynien-Podolien ein, da Teile dieser Gebiete nach dem Krieg in Weißrussland eingingen. JERZY TURONEK, *Białoruś pod okupacją niemiecką*, Warszawa 1993, klammert die Wirtschaftspolitik aus. Vgl. ALEXAN-

Ostgalizien und Wilna wird sie in neuen Publikationen eher am Rande thematisiert.² Kaum erforscht ist hingegen Besatzung und Wirtschaft im (westlichen) Wolhynien und Podolien, soweit es damals zu den Kresy (ehemalige polnische östliche Grenzgebiete) gehörte. Der Bezirk Białystok, ein deutsches Besatzungsterritorium, das ebenfalls vorher zeitweise unter sowjetischer Herrschaft gestanden hatte, nach 1944 aber weitgehend beim polnischen Staat verblieb, ist vor allem wegen der vergleichsweise schlechten Quellenlage kaum näherer Betrachtung unterzogen worden.³

Ausgangspunkt für eine Betrachtung der deutschen Wirtschaftspolitik sind nicht nur die allgemeinen Wirtschaftsdaten, sondern auch die Rolle der vorangehenden sowjetischen Besatzungspolitik in diesem Rahmen. Zweifelsohne hatte diese massive Auswirkungen auf die ganze Wirtschaftsstruktur gehabt.⁴ Vereinfacht gesagt, betraf dies drei Bereiche: Erstens die terroristische Innenpolitik, die sich tendenziell eindeutig gegen bestimmte ethnische und soziale Gruppen richtete, wenn auch die Zielgerichtetheit dieser Maßnahmen in der neuen Forschung etwas relativiert wurde.⁵ Unternehmer und Grundbesitzer wurden nicht nur benachteiligt, sondern oft auch Opfer von Verhaftungen und Deportationen. Zudem verschwand die deutsche Minderheit in Wolhynien und Ostgalizien nach den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen zur „Repatriierung“ 1939/40. Zweitens veränderten die sowjetischen Behörden die Eigentumsstruktur grundlegend: Größere Unternehmen und der Handel wurden verstaatlicht, Handwerker in Artele gezwungen und es wurde mit der Kollektivierung der Landwirtschaft be-

DER BRAKEL, Baranowicze 1939–1944. Eine ostpolnische Region unter sowjetischer und deutscher Besatzung, (Diss. phil.), Mainz 2006.

² WŁODZIMIERZ BONUSIAK, Małopolska Wschodnia pod rządami Trzeciej Rzeszy, Rzeszów 1990, S. 56–86; GRZEGORZ MAZUR, Pokucie w latach II wojny światowej, Kraków 1993; GRZEGORZ HRYCIUK, Polacy we Lwowie 1939–1944. Życie codzienne, Warszawa 2000, S. 258–289; STANISŁAWA LEWANDOWSKA, Losy Wilnian. Zapis rzeczywistości okupacyjnej. Ludzie, fakty, wydarzenia 1939–1945, Warszawa 2004.

³ MICHAŁ GNATOWSKI, Białostoczczyzna w latach wojny i okupacji hitlerowskiej, Białystok 1979.

⁴ Vgl. MAREK WIERZBICKI, Zmiany społeczne i gospodarcze wsi kresowej w latach 1939–1953, in: Tygiel narodów. Stosunki społeczne i etniczne na dawnych ziemiach wschodnich Rzeczypospolitej 1939–1953, hg. v. KRZYSZTOF JASIEWICZ, Warszawa 2002, S. 95–144; sowie sein Beitrag in diesem Band; ALBIN GŁOWACKI, Proces nacjonalizacji gospodarki na zaanektowanych ziemiach wschodnich II RP (1939–1941), in: Dzieje najnowsze, Nr. 2, 2004, S. 94–117; WŁODZIMIERZ BONUSIAK, Przemiany ekonomiczne w Małopolsce Wschodniej w latach 1939–1941, in: Okupacja sowiecka ziem polskich 1939–1941, hg. v. PIOTR CHMIELOWIEC, Rzeszów [u.a.] 2005, S. 94–110.

⁵ Vgl. KRZYSZTOF JASIEWICZ, Zagłada polskich Kresów. Ziemiaństwo polskie na Kresach Północno-Wschodnich Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką 1939–1941, Warszawa 1997.

gonnen. Drittens betrieb die sowjetische Verwaltung ihre eigene Wirtschaftspolitik, die durchaus auf eine Verbesserung der Infrastruktur abzielte. Im Endergebnis war die Wirtschaft in Ostpolen aber durch die sowjetischen Eingriffe massiv geschädigt, die Enteignung quasi schon vorweggenommen worden.

Diese Maßnahmen wirkten sich somit auch auf die Wirtschaftspolitik unter deutscher Besatzung aus, unter die das gesamte Territorium etwa ab dem 10. Juli 1941 fiel. In diesen ersten Wochen wurde Ostpolen zwar nur begrenzt Opfer von Kriegszerstörungen, dafür umso mehr von Plünderungen und systematischem Abtransport von Beutegut. Freilich blieben die Versuche sowjetischer Behörden, Unternehmen, Anlagen und Vorräte zu zerstören oder zu evakuieren, wegen der kurzen Zeitspanne bis zur deutschen Eroberung im Ansatz stecken. Nicht selten fiel das Fachpersonal, dessen überwiegende Mehrheit von sowjetischen Behörden ebenfalls kaum evakuiert werden konnte, deutschen Verbrechen zum Opfer. Die Wehrmacht und ihr Wirtschaftsstab Ost organisierten die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen bis Ende Juli/Anfang August 1941, bis eine Zivilverwaltung das Heft in die Hand nahm. Lediglich Wolhynien ging erst im September 1941 in Zivilverwaltung über. Sowohl von der Organisation her als auch vom Wirtschaftsraum aus gesehen, zerfiel die Besatzungspolitik nun in drei Teile mit drei Währungen: Reichsmark – Rubel – Zloty: Aus dem Raum Bialystok–Grodno wurde der Bezirk Bialystok gebildet, der formal an Ostpreußen angeschlossen zu den annektierten Gebieten zählte, die Regionen von Wilna bis Podolien gingen an das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, also eine neue Institution, während Ostgalizien als fünfter Distrikt dem Generalgouvernement angeschlossen wurde, in welchem schon seit eineinhalb Jahren die deutsche Besatzungs- und Wirtschaftspolitik herrschte. Während die Wirtschaftspolitik in den ersten Wochen, also vor allem die Ausplünderung von Unternehmen und Vorratslagern, zunächst vorrangig durch die Beuteorganisationen der Wehrmacht und deren Wirtschaftskommandos betrieben wurde, übernahmen unter der Zivilverwaltung die jeweils zuständigen Abteilungen, meist Landwirtschaft, Wirtschaft (für Handel und Gewerbe) und Arbeit, die Verantwortung. Die Wehrmacht verblieb mit ihren kleinen Rüstungskommandos, die weiterhin die Tätigkeit der kriegswichtigen Betriebe koordinierten. Wirkliche Rüstungsbetriebe existierten freilich nur in Ostgalizien.

Strukturelle Grundlagen

Der Horizont dieser Politik war weitgehend bestimmt von den Zukunftsplänen der nationalsozialistischen Führung. Sowohl Ostgalizien als auch der

Bezirk Bialystok und einige kleine Gebiete im Nordosten wurden frühzeitig in die Pläne zur „Germanisierung“ einbezogen, freilich in einer langen Perspektive von 20 bis 25 Jahren. Hier war also eigentlich eine Eigentums-politik anvisiert, die auf Erhalt und langfristig sogar auf Ausbau der Wirtschaftsstruktural zielen sollte. Die Siedlungsparameter für das Generalkommissariat (GK) Weißruthenien blieben hingegen schemenhaft und ohne größere Bedeutung für die Politik. Hier wie auch im Generalbezirk Wolhynien-Podolien war nicht an einen Aufbau gedacht, vielmehr beschleunigte die Besatzung eine De-Industrialisierung.⁶

Angesichts eines Krieges, der für die Wehrmacht unerwartet schlecht verlief, rückten jedoch langfristigen Planungen immer mehr in den Hintergrund. Die maximale Ausbeutung aller Gebiete blieb höchste Priorität für alle ökonomischen Erwägungen. Dies bestimmte die Ansätze zu einer Reprivatisierung ganz entscheidend. Sie waren jedoch schon von vornherein deutlich beschränkt: Eigentum des polnischen Staates oder der Kirche galt als „herrenlos“ ebenso von solchen Personen, die von der sowjetischen Geheimpolizei 1940/41 verhaftet oder deportiert worden waren. Jüdische Eigentümer wurden von der antisemitischen Besatzungsmacht grundsätzlich nicht in ihren Überlegungen berücksichtigt. Somit machte die so genannte Treuhandverwaltung einen erheblichen Teil der deutschen Wirtschaftspolitik aus. Landwirtschaftliche Flächen, die nicht für eine Reprivatisierung in Frage kamen, wurden zusehends zu Großgütern zusammengelegt. Ähnlich wie in der Westhälfte Polens wurden vorzugsweise reichsdeutsche Treuhänder für größere Unternehmen eingesetzt, oftmals Personen, die sich als unfähig und korrupt erwiesen. Auch die kommunale Wirtschaftspolitik, die durch Beschlagnahmungen erheblich aufgebläht war, entwickelte sich wenig produktiv.

Eine Reprivatisierung wurde zwar, vor allem in Ostgalizien, früh ins Auge gefasst. Doch wie überall in den Gebieten, die seit 1941 besetzt wurden, entzündeten sich daran heftige politische Debatten, und die Verwaltung ging äußerst zögerlich vor. Hier dominierte vielfach die Haltung, eine weitgehend verstaatlichte Wirtschaftsform sei für die kriegsökonomische Ausbeutung geeigneter als die Rückkehr zu privaten Strukturen. In Ostgalizien sollten zunächst nur landwirtschaftliche Anwesen bis zu einer Fläche von 7,5 Hektar zurückgegeben werden, ab 1943 dann bis 20 Hektar. Zumeist hatten jedoch die Bauern schon unmittelbar nach der deutschen Besetzung zur Selbsthilfe gegriffen und ihre alten Besitztümer aus den Kolchosen gelöst. Im Bezirk Bialystok versuchte die deutsche Verwaltung,

⁶ GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 418 ff. Innerhalb der Ukraine sollte der Siedlungsschwerpunkt östlich der polnischen Grenze liegen.

diese spontane Reprivatisierung vereinzelt wieder rückgängig zu machen.⁷ Auf der anderen Seite beschlagnahmte nicht nur die sowjetische, sondern auch die deutsche Besatzung landwirtschaftliches Eigentum, so bei Juden, bei Nichterfüllung von Kontingenten, aber auch zur Anlage von Truppenübungsplätzen. Allein in Ostgalizien wurden auf diese Weise, zusätzlich zu den sowjetischen Verstaatlichungen, weitere 237.000 Hektar eingezogen.⁸

Felder der Wirtschaftspolitik

Welche Bedeutung hatte Ostpolen für die deutsche Wirtschaftspolitik? Vier Felder sollen hier kurz herausgegriffen werden, die für diese Gebiete typisch und somit für eine nähere Betrachtung von besonderem Interesse sind: Die Arbeitskräftepolitik, die Beschlagnahme landwirtschaftlicher Produkte, die Ölförderung in Ostgalizien und die städtische Wirtschaftspolitik.

1) Ostpolen galt vor dem Krieg als Region mit einem vergleichsweise hohen Arbeitskräftepotential, das freilich zumeist als relativ gering qualifiziert eingeschätzt wurde. Unter sowjetischer Besatzung nahm die Bevölkerungszahl zunächst zu, nachdem vor allem Juden sich aus dem deutsch besetzten Teil Polens retten wollen. Diese wie auch ein erheblicher Teil der Einheimischen wurden 1940/41 entweder in Sondersiedlungen im Innern der Sowjetunion deportiert oder zur Arbeitsverpflichtung in sowjetische Industriegebiete wie den Donbass geschickt. Unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch wurde zwar nur ein kleiner Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung von sowjetischen Behörden evakuiert, jedoch ein erheblicher Satz junger Männer noch zur Roten Armee eingezogen. Dennoch gelangte die überwiegende Mehrheit der arbeitsfähigen Einheimischen unter deutsche Besatzung. Dort wurde umgehend die so genannte Arbeitspflicht eingeführt.⁹ Dies bedeutete jedoch weniger die sofortige Mobilisierung aller Arbeitsfähigen als vielmehr die Pflicht zur Registrierung bei den neu eingerichteten Arbeitsämtern. Im Herbst 1941 herrschte in vielen Städten Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt begründet durch den zeitweisen Zusammenbruch der Wirtschaft im Krieg.¹⁰ Viele Arbeitslose versuchten, möglichst schnell an irgendeine Art von Beschäftigung zu kommen, um die notwendi-

⁷ GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 363.

⁸ MIROSLAW SYCZ, *Spółdzielczość ukraińska w Galicji w okresie II wojny światowej*, Warszawa 1997, S. 129.

⁹ Verordnung über die Einführung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten, 5.8.1941, vgl. GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 452.

¹⁰ HRYCIUK, *Polacy we Lwowie*, S. 259.

gen Lebensmittelkarten zu erhalten. Nicht wenige versuchten ihr Glück in der Verwaltung. So blähten sich auch die Verwaltungsapparate unter der Besatzung auf. Unter deutscher Besatzung existierte nicht nur die Arbeitspflicht, sondern es gab auch weiter gehende Formen der Zwangsarbeit. Insbesondere Juden wurden bald willkürlich zur Zwangsarbeit herangezogen oder über die neuen Judenräte rekrutiert. Meist mussten sie öffentliche Arbeiten wie Trümmerräumen verrichten und wurden dabei ausgesucht schlecht behandelt. Bald kamen auch gefangene Rotarmisten in Lager auf ostpolnischem Gebiet, vor allem in Baranowitsch, Kowel, Lemberg, Rowno und Wilna. Ein Teil der Gefangenen wurde bei Arbeiten für die Besatzungsmacht eingesetzt, unter anderem beim Schienen- und Straßenbau. Freilich führte die Besatzungsmacht durch die schlechte Behandlung der Gefangenen und die Senkung der Nahrungsrationen im Oktober 1941 ein Massensterben unter den Rotarmisten herbei, so dass dieses Reservoir an Arbeitskräften im Frühjahr 1942 kaum noch verfügbar war.¹¹ Die Totalvernichtung der Juden in den Regionen Baranowitsch, Nowogrodek und Wolhynien zwischen Mai und November 1942 führte zugleich zur Stilllegung zahlloser mittlerer und größerer Betriebe in diesem Raum, die fast ausschließlich mit jüdischen Zwangsarbeitern betrieben worden waren.¹² Im Vergleich zur Westhälfte Polens fanden diese Massenmorde einen noch massiveren Niederschlag in der Wirtschaft. Hier dominierte die mittelständische Wirtschaft, die zu einem erheblichen Teil, in größeren Städten überwiegend, von Juden betrieben worden war. So schlug der vermeintliche Überschuss an Arbeitskräften im Frühjahr 1942 in einen Mangel um. Früher als in anderen Gebieten, die seit Juni 1941 von der Wehrmacht besetzt wurden, begann in Ostgalizien die Rekrutierung von Arbeitern für das Reich. Mit vollmundigen Versprechungen lockte man bereits im September 1941, lange vor den großen „Ostarbeiter“-Rekrutierungen, Tausende junger Menschen aus Ostgalizien und dem Bezirk Bialystok ins Reich. Vor allem die ländlichen Gebiete waren von der Rekrutierung von Zwangsarbeitern betroffen, die in Ostgalizien seit Herbst 1941 und in den übrigen Gebieten seit Frühjahr 1942 massiv angegangen wurde. Wie überall in Osteuropa wirkte dabei eine Mischung aus schlechten Lebensbedingungen, Druck auf die kommunalen Verwaltungen und unmittelbare Zwangsanwendung zusammen. Generell wird der Rekrutierung bis in den Frühsommer

¹¹ Vgl. V. KOROL', *Tragediia viis'kovopolonenykh na okupovanii teritorii Ukraïni v 1941–1944 r.*, Kïv 2002, S. 86, 93 ff.

¹² GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 695 ff., 714 ff.; Rüstungs-Inspektion Ukraine: Tätigkeitsbericht 16.–31.8.1942, 16.9.–30.9.1942, in: Institut für Zeitgeschichte München, Mikrofilm T-77, r. 1093, fr. 1045–1056, Tätigkeitsbericht 1.10.–15.12.1942, T-77, r. 1094, fr. 13 (Geschirrfertigung und Sattlerei Dubno, Möbelfabrik Pinsk usw.).

1942 ein gewisser Grad an Freiwilligkeit attestiert. Allein aus Ostgalizien und aus Wolhynien wurden je etwa 300.000 Personen ins Reich gebracht, das machte etwa sechs bis sieben Prozent der jeweiligen Gesamtbevölkerung aus. Im Gegensatz zu den Deportierten aus den Reichskommissariaten wurden die ukrainischen Ostgalizier, etwa 235.000 Personen, nicht als „Ostarbeiter“, also als schlechteste Kategorie, eingestuft. Polen galten als so genannte P-Arbeiter, die Ukrainer wurden überhaupt nicht gekennzeichnet.¹³ Die genaue ethnische Zusammensetzung der Arbeiter ist umstritten. Zeitgenössische Quellen gehen davon aus, dass aus Wolhynien überproportional viele Polen ins Reich deportiert wurden, weil sowohl die Arbeitsbehörden als auch die Hilfspolizei weitgehend mit Ukrainern besetzt waren. Diese versuchten wiederum zu verhindern, dass ihre eigene Volksgruppe herangezogen wurde. Von den Arbeitern, die aus Ostgalizien ins Reich kamen, waren hingegen etwa 70 Prozent Ukrainer und 30 Prozent Polen.¹⁴ Aus nordöstlichen Gebieten gelangten weit weniger Menschen als Zwangsarbeiter ins Reich. Für das GK Weißruthenien liegen nur Gesamtzahlen vor (116.000 Menschen, von denen mehr als die Hälfte aus polnischem Gebiet stammte), für das GK Wolhynien-Podolien bis Mitte 1943 (283.000) und den Bezirk Bialystok (ca. 40.000).¹⁵ Insgesamt sind wohl über 850.000 Menschen auf diesem Weg ins Reich gelangt.

2) Die Beschlagnahme von Agrarprodukten spielte ab 1941 eine immer größere Rolle im Kalkül der deutschen Wirtschaftspolitik. Nicht nur sollte die Wehrmacht, die auf unabsehbare Zeit in der Sowjetunion kämpfte, „aus dem Lande“ ernährt werden, sondern es war vorgesehen, auch Engpässe bei der Versorgung im Reich, die auf hohem Niveau bleiben sollte, dadurch zu beheben. Grundsätzlich galt die Ernte von 1941 zwar als überdurchschnittlich gut, überspannte Erwartungen deutscher Funktionäre wurden jedoch enttäuscht. So wurden 1941/42 aus Ostgalizien, dem wichtigsten Anbauggebiet Ostpolens, statt der erwarteten 415.000 Tonnen Getreide nur 110.000 Tonnen eingetrieben. Hierbei wirkten sich weniger die Kriegszerstörungen aus als vielmehr der schleppende Aufbau der deutschen Erfassung, schwere Frostschäden beim Wintergetreide, die Evakuierung sowjetischer Landwirtschaftsfunktionäre und die Rekrutierung junger Männer zur Roten Armee, Schwierigkeiten beim Transportwesen und schließlich die Dnjestr-Flut im Süden Galiziens im Herbst 1941. Schon die

¹³ BONUSIAK, *Małopolska Wschodnia*, S. 44 ff.

¹⁴ GRZEGORZ HRYCIUK, *Przemiany narodowościowe i ludnościowe w Galicji Wschodniej i na Wołyniu w latach 1931–1948*, Toruń 2005, S. 210, 274.

¹⁵ GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 460. Hinzuzurechnen sind die Arbeiter aus dem Wilnagebiet.

Ernte 1942/43 zeigte eine deutliche Steigerung. Zwar konnten wieder nicht die anvisierten 432.000 Tonnen erreicht werden, doch mit 340.000 Tonnen wurde fast der Distrikt Lublin als bisher wichtigstes agrarisches Gebiet eingeholt. Erst im letzten Erntejahr unter deutscher Besatzung, 1943/44, kam die enorme Bedeutung der Agrarfläche und der Böden Ostgaliziens zum Tragen. Aus dem Distrikt wurden fast 460.000 Tonnen Getreide geliefert, ein Drittel des gesamten Aufkommens im Generalgouvernement.¹⁶ Die Ernte in den nordöstlichen Gebieten fiel im Jahr 1941 schlechter aus. Hier waren sowohl die Böden weniger qualitativ, man denke an die polesischen Sümpfe, als auch die Landwirtschaft noch weniger mechanisiert. 1942 konnte die Getreideablieferung zwar auf etwa 50.000 Tonnen gesteigert werden, dies machte jedoch nur etwa 30 Prozent des Solls aus. 1943 waren Erfassung und Abtransport agrarischer Produkte dann durch die Aktivitäten der Partisanenbewegung zunehmend behindert. Eine Mittelposition nahm hier Wolhynien ein. Die Steigerung der Ablieferungen aus der Landwirtschaft ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Die landwirtschaftliche Besatzungsverwaltung und eine zugehörige Transportorganisation etablierten sich erst Ende 1941 auf regionaler Ebene. Dem Generalgouvernement wurde im August 1942 von den zentralen Stellen in Berlin eine massive Erhöhung der Ablieferung ans Reich auferlegt, von ursprünglich 100.000 auf nicht weniger als 600.000 Tonnen Getreide. Ähnliche Forderungen richteten sich an das Reichskommissariat Ukraine.¹⁷

Zur Maximierung der Ablieferungsergebnisse wandten die Besatzer eine Reihe von unterschiedlichen Maßnahmen gegenüber den Bauern an. Einerseits sollte Kaufkraft abgeschöpft werden, andererseits erhöhten sich Quoten und auch Repressalien bei angeblich mangelnder Ablieferung massiv. Gleichzeitig senkte die Besatzungsverwaltung die Rationen für die Einwohner und beschleunigte die Ermordung der Juden. In Gebieten wie dem Raum Brest wurde die Lebensmittelversorgung schon Anfang 1942 auf ein Minimum heruntergefahren.¹⁸

In der Nordhälfte Ostpolens wirkte sich der Partisanenkrieg massiv auf die landwirtschaftliche Ausbeutung aus. Nicht nur requirierten die Partisanen selbst Lebensmittel in großem Ausmaß und verhinderten deutsche

¹⁶ CZESŁAW RAJCA, *Walka o chleb 1939–1944. Eksploatacja rolnictwa w Generalnym Gubernatorstwie, Lublin 1991*, S. 58 ff.

¹⁷ CHRISTIAN GERLACH, Die Bedeutung der deutschen Ernährungspolitik für die Beschleunigung des Mordes an den Juden 1942, in: DERS., *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998, S. 215 ff., 239 ff.; DERS., *Kalkulierte Morde*, S. 247

¹⁸ Ebd., S. 280.

Beschlagnahmungen,¹⁹ auch der brutale Anti-Partisanenkrieg der Besatzer legte die Landwirtschaft ganzer Regionen lahm. So massakrierten SS-Einheiten die Einwohner selbst in solchen Dörfern, in denen die Abgabequoten voll erfüllt wurden.²⁰ Im Frühjahr 1943 brach die Getreideablieferung im Generalkommissariat Weißruthenien deshalb weitgehend zusammen; nur noch etwa fünf Prozent der Erträge zu Friedenszeiten konnten erbracht werden.²¹ Die Partisanen verhinderten nicht nur die Einbringung der Ernte, sondern zerstörten auch in großem Ausmaß die gelagerten Ernteerträge.

Schließlich wirkte sich die Terrorkampagne der ukrainischen nationalistischen Untergrundarmee UPA aus, die im Frühjahr 1943 mit einer „ethnischen Säuberung“ gegen die Polen in Wolhynien begann, bei der wahrscheinlich an die 80.000 Menschen ermordet wurden. Ende 1943 griffen diese Mordaktionen auf Ostgalizien über.²² In den Dörfern mit polnischer Bevölkerungsmehrheit kam die Landwirtschaft Mitte 1943 praktisch zum Erliegen.

3) Das bedeutsamste Gut für die deutsche Rüstung, das aus Ostpolen kam, war das Öl aus dem Gebiet Drohobytsch-Boryslav. Zunächst hatten die einrückenden Mineralölkommandos befürchtet, dass es den sowjetischen Behörden gelungen sei, die Anlagen noch rechtzeitig zu zerstören. Tatsächlich fielen Förderanlagen und Raffinerien jedoch weitgehend unversehrt in deutsche Hände, so dass unter Hochdruck noch im Herbst 1941 die Produktion wieder aufgenommen werden konnte.²³ Ein deutsches Konsortium, zunächst die Beskiden Öl AG, die schon die Felder in Westgalizien unter sich hatte, später in Karpaten Öl AG umbenannt, übernahm die Ausbeutung. Allein hier genehmigte die Besatzungsmacht massive Investitionen in

¹⁹ Vgl. ZYGMUNT BORADYN, *Niemen – rzeka niezgody. Polsko-sowiecka wojna partyzancka na Nowogródzczyźnie 1943–1944*, Warszawa 1999, S. 82 ff.; ALEXANDER BRAKEL, „Das allergefährlichste ist die Wut der Bauern“. Die Versorgung der Partisanen und ihr Verhältnis zur Zivilbevölkerung. Eine Fallstudie zum Gebiet Baranowicze 1941–1944, in: VfZ 55 (2007), S. 393–424.

²⁰ GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 992; vgl. Bericht Gebietslandwirt in Dubno, 21.6.1943, in: IfZ Fb 101/33, Bl. 585–598; Beauftragter Vierjahresplan, 10.8.1943, IfZ Fb 101/26, Bl. 582 ff.

²¹ Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, hg. v. ROLF-DIETER MÜLLER, Boppard 1991, S. 153.

²² Aus der umfangreichen Literatur vgl. *Antypolska akcja OUN-UPA. Fakty i interpretacje*, hg. v. GRZEGORZ MOTYKA/ DARIUSZ LIBIONKA, Warszawa 2003.

²³ Im Detail: MIECZYSLAW WIELICZKO, *Polski przemysł naftowy pod niemiecką okupacją w latach 1939–1945*, Lublin 2001, S. 105 ff.

Ostpolen. Insgesamt gelang in ganz Galizien die Förderung von etwa 1,2 Millionen Tonnen Mineralöl. Die durchschnittliche Leistung aus der Zeit der Zweiten Polnischen Republik konnte jedoch nicht erreicht werden. Das produzierte Benzin ging dann entweder direkt an die deutschen Truppen im Südtel der Front oder wurde für die Motorisierung der Landwirtschaft im Generalgouvernement (GG) und im Reichskommissariat Ukraine verwendet. Ursprünglich hatte das galizische Öl keine größere Bedeutung für die deutsche Kriegsführung, die sich vor allem auf Lieferungen aus Rumänien, die Vorkommen im Wiener Becken und die deutschen Hydrierwerke stützte. Nachdem jedoch die Ölfelder im Kaukasus 1942 nicht oder nur zerstört in deutsche Hände fielen, stieg mit der galizischen Förderung auch deren Anteil am Gesamtvolumen. Zwar machte er auch dann nur drei bis vier Prozent des deutschen Mineralölaufkommens aus, Galizien stellte damit jedoch zugleich den größten Beitrag aus allen besetzten Gebieten.²⁴ Von den galizischen Erdgasvorkommen entfielen zwei Drittel auf die Gebiete östlich des Sans. Allein das Feld in Stryj lieferte monatlich 65 Millionen Kubikmeter, die vor allem zur Eisenverarbeitung verwendet wurden.²⁵ Gering blieb hingegen die Förderung von Braunkohle, die in wenigen westukrainischen Schachtanlagen betrieben wurde.

Quantitativ bedeutend, doch aus politischer Sicht eher sekundär, blieben die anderen Rohstofflieferungen aus Ostpolen, vor allem Holz und Torf, letzterer war wichtig für die Energieerzeugung. Gerade hier schlug sich der sowjetische Partisanenkrieg ab Frühjahr 1942 massiv in der Besatzungswirtschaft nieder. Für die gesamte Forstwirtschaft in den seit Mitte 1941 besetzten Gebieten schätzten deutsche Stellen, dass Ende 1942 70 Prozent der Waldfläche von Partisanen bedroht oder beherrscht sein würden. Zahlreiche Torfwerke mussten aufgegeben werden und wurden anschließend vom sowjetischen Untergrund weiter genutzt.²⁶

4) Die städtische Wirtschaft in Ostpolen hatte für die deutsche Kriegsanstrengung nur sekundäre Bedeutung. In den wenigen größeren Städten waren es vor allem Textil- und Holzverarbeitungsbetriebe, in geringerem Maße auch Metallverarbeitungsbetriebe oder Ziegeleien, die nun unter deutscher Hoheit weiterliefen.²⁷ So arbeiteten etwa in Lemberg 163 Betrie-

²⁴ RAINER KARLSCH/ RAYMOND G. STOKES, *Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974*, München 2003, S. 218 ff. (v. a. gegenüber Ölschiefer aus Estland).

²⁵ Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, S. 251.

²⁶ Ebd., S. 150 ff.

²⁷ Vgl. Beispiele in: Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten.

be mit etwa 9.000 Personen für die Wehrmacht. Einige größere Unternehmen gab es auch in Pinsk, dort befanden sich einige Betriebe der Holzindustrie und die so genannte Staatswerft.²⁸ Oft hatten die Unternehmen ursprünglich Juden gehört, die ab 1940 enteignet worden waren und jetzt vielfach als Zwangsarbeiter befristet für die deutsche Kriegführung arbeiten mussten. Vor allem die Textilbetriebe hatten eine gewisse Bedeutung. Sie arbeiteten nicht nur für die Wehrmacht, sondern sollten auch die einheimische Kaufkraft etwas abschöpfen. Zeitweise war sogar geplant, eine Art „Textilgürtel“ von Bialystok bis Lemberg einzurichten, während die alt-sowjetischen Gebiete zu Lieferanten von Textilrohstoffen degradiert würden.²⁹ Doch die Totalvernichtung der jüdischen Gemeinden vor allem zwischen Juli und November 1942 brachte viele der Betriebe zum Erliegen.³⁰ Kleingewerbe- und Handelsbetriebe wurden nur begrenzt nach dem deutschen Einmarsch wieder eröffnet, dann oft schon im Herbst 1941 erneut geschlossen und entsprechend 1942 nur teilweise reprivatisiert. Während in Lemberg immerhin sofort wieder 800 der 4.600 Geschäfte öffnen durften, waren es in Bialystok nur wenige. In Brest wurden noch Ende 1943 lediglich knapp 100 Läden gezählt.³¹ Ohnehin konnten Juden ihre Geschäfte, die einen erheblichen Teil in diesem Sektor ausmachten, nur kurz oder gar nicht mehr in Gang setzen. Doch waren die Bedingungen auch für nichtjüdische Unternehmer schlecht, die Versorgung klappte nicht, und die Besatzungsmacht bemühte sich im Rahmen der so genannten Rationalisierung ab Anfang 1943 um Betriebsschließungen. Eine wichtige Funktion übernahmen deshalb die wieder zugelassenen Genossenschaften mit ihren kleinen Läden, die meistens von Ukrainern und teilweise von Polen organisiert wurden. Insbesondere die ukrainischen Genossenschaften in Ostgalizien wurden von der Besatzungsmacht gefördert und dehnten ihre Tätigkeit aus, nicht zuletzt angesichts der Ermordung der Juden.³²

Im Gegensatz zu den Gebieten westlich des Bugs blieb das Engagement deutscher Privatunternehmen in Ostpolen gering. Versuche der lokalen Stellen, Unternehmen aus dem Reich anzulocken, scheiterten meist. Le-

²⁸ THOMAS SANDKÜHLER, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen von Berthold Beitz, Bonn 1996, S. 97; GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 388.

²⁹ CZESŁAW MADAJCZYK, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Berlin 1987, S. 577; GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 399 ff.

³⁰ RAUL HILBERG, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt/M. 1990, S. 400.

³¹ GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 282 f.

³² SYCZ, *Spółdzielczość ukraińska w Galicji*, S. 135 ff.; vgl. CZESŁAW ŁUCZAK, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce*, Poznań 1979, S. 362 f.

diglich der Handel in den Kreisen wurde von so genannten Einsatzfirmen übernommen, außerdem kriegswichtige Arbeiten wie Baumaßnahmen. Ansonsten fehlten aber offensichtlich aus Sicht der Unternehmen Infrastruktur und lohnende Objekte; selbst SS-Betriebe fanden sich nur sporadisch, etwa die Deutschen Ausrüstungswerke im Lemberger Lager an der Janowskastraße. Zudem konzentrierten sich die Betriebsverlagerungen aus dem Reich, die ab 1942 in Folge des Bombenkriegs geplant und teilweise auch praktiziert wurden, auf Zentralpolen. Die Kresy galten als wenig sicheres Pflaster, spätestens seit September/Okttober 1943 rückte dort die Ostfront immer näher.

Spezifika Ostpolens

Fassen wir kurz die Spezifika Ostpolens für die deutsche Wirtschaftspolitik unter der Besatzung zusammen: Zwar wurden die Regionen 1941 weitgehend von Kriegszerstörungen verschont, und somit fiel der größte Teil der Betriebe unversehrt in deutsche Hand. Die dortige ökonomische Struktur wurde aber als besonders schwach angesehen und war zudem durch die Sowjetisierung massiv deformiert. Deshalb nahm die wirtschaftliche Aktivität der Besatzungsmacht und damit auch die Zwangsarbeit vor Ort, d. h. vor allem die Zwangsarbeit von Juden, keine größeren Ausmaße an. Überhaupt wurde der städtischen Wirtschaft eine geringe Rolle beigemessen. Vielmehr waren es die Agrargebiete, hier insbesondere Ostgalizien, denen das Interesse galt. Zunächst wurden die Ablieferungen deutlich erhöht, dann rückte immer mehr die Deportation von Arbeitskräften für das Reich in den Mittelpunkt. Die Lieferung des ostgalizischen Öls hatte sicherlich die größte unmittelbare Bedeutung für die Kriegsführung, sie beschränkte sich jedoch auf eine kurze Phase und einen begrenzten quantitativen Rahmen.

Überhaupt ist eine deutliche Divergenz zwischen der Besatzung durch die Reichskommissariate und durch das Generalgouvernement (in Ostgalizien) zu spüren. Nicht nur waren die strukturellen Voraussetzungen für die Wirtschaftspolitik in Ostgalizien besser, auch die tendenzielle Bevorzugung der ukrainischen Galizier durch das Besatzungsregime schlug sich hier nieder. Zudem fehlte dort bis Herbst 1943 eine echte Widerstandsbewegung. Die übrigen Territorien erfuhren hingegen ein Schicksal wie die meisten der besetzten sowjetischen Gebiete, mit schlechteren Lebensbedingungen und massiver Gewalt auch gegen nichtjüdische Einwohner. Aus der Perspektive der Besatzer waren industrielle Kerne wie die Großstädte Minsk und Kiew oder das Donezbecken wirtschaftlich weit interessanter als Ostpolen.

Stärker als westlich des Bugs ist die deutsche Wirtschaftspolitik in Ostpolen untrennbar mit den Massenverbrechen in diesen Gebieten verbunden, die sie eher beschleunigte als verlangsamte. Und anders als in der Westhälfte Polens konterkarierten die Untergrundbewegungen in den östlichen Gebieten die Ziele und die Durchsetzbarkeit der Besatzung in erheblichem Ausmaß. Schon seit Mitte 1942 galt ein erheblicher Teil der Waldgebiete als unkontrollierbar, im Jahr darauf entzogen die verschiedenen Untergrundbewegungen der Besatzungsherrschaft nördlich Ostgaliziens einen beachtlichen Teil der landwirtschaftlichen Erträge. Vollends zerstört wurde die Infrastruktur und die gewerbliche Wirtschaft bei der Rückeroberung durch die Rote Armee, die sich in Schüben von Februar bis Oktober 1944 hinzog. Die deutsche Besatzungsherrschaft brachte Ostpolen den Tod von etwa 1,5 Millionen Menschen, die Deportation von über 850.000 Arbeitskräften ins Reich und eine weitgehende Zerstörung der Wirtschaft beim Rückzug. Ein wirtschaftlicher Aufbau ist kaum festzustellen; vielmehr sollte das Gebiet, wie alle anderen besetzten Territorien, kurzfristig maximal für die deutsche Kriegsführung ausgebeutet werden.